48431 Rheine, 20. Mai 2010
Kugeltimpen 7
Tel.: (0 59 71) 1 27 39
URL: www.gruene-rheine.de
E-Mail: Reiske@gruene-rheine.de

Rede zur Verabschiedung der Haushaltssatzung 2010 am 18.05.2010

Sehr geehrte Frau Dr. Kordfelder,

Sehr geehrter Herr Lütkemeier,

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

-Finanzdesaster der Kommunen

-schlimmste Krise seit dem 2. Weltkrieg

-Kommunen am Ende

so oder ähnlich, die Liste ließe sich fortsetzen, sind die Schlagzeilen zur Situation der Kommunalfinanzen in NRW. Es ist die mit Abstand schlimmste Finanzkrise die wir erleben und keine und keiner in diesem Rat hat ähnliches erlebt.

Fakt ist: Von 396 Kommunen in NRW sind aktuell 143 in der Haushaltssicherung. Tendenz dramatisch steigend. Wir sind (noch) nicht dabei. Lediglich rund 380.000€ trennen uns von der Grenze zur Haushaltssicherung . Das wir diese Grenze noch nicht überschritten haben verdanken wir unseren Töchtern, der Stadtsparkasse und den Stadtwerken, die in den Haushaltsjahren 2010 und 2011 die Stadt mit insgesamt gut 8 Mio € unterstützen. Käme dieses Geld nicht, hätten wir einen Nothaushalt, denn das in diesem Fall vorzulegende Haushaltssicherungskonzept wäre nicht genehmigungsfähig.

Der Gesamtergebnisplan weist Erträge in Höhe von 134 Mio € aus. Den Erträgen stehen Aufwendungen in Höhe 149 Mio € gegenüber. Daraus entsteht ein Defizit von rund 15 Mio €. Wir sind meilenweit entfernt von einer Generationengerechten Haushaltsführung. Wir stehen vor einer dramatischen Situation und Besserung auf der Einnahmeseite ist nicht in Sicht. Das heißt für eine verantwortungsvolle Politik: Es bedarf auf der Seite der Ausgaben dringend struktureller Verbesserungen, das heißt, wir müssen sparen.

Doch wir können eine Konsolidierung der Finanzen nur gemeinsam, nicht gegeneinander erreichen. Gestört hat uns allerdings, wie dann zum Schluss der Beratung die CDU doch noch auf die Ausgabentube drückte und verschiedene Ausgaben wie zum Beispiel die Sanierung des Stadtparkteiches, 5000 € für die Kunstrasenplätze und eine Stelle im Kulturbereich mehrheitlich durchdrückte.

Wo aber liegen die eigentlichen Ursachen für dieses Desaster? Was hier in den Kommunen durchschlägt sind die Auswirkungen eines völlig ungezügelten Turbokapitalismus. Es ist die Gier nach immer mehr. Es ist der Neoliberalismus der dem Kapital diesen Weg eröffnet hat . Gott sei Dank ist

das Ende dieses Gesellschaftsmodells eingeläutet. Selbst die CSU spricht sich inzwischen für die Transaktionssteuer aus.

Und die Kanzlerin hat weiteren Steuergeschenken eine Absage erteilt. Immer mehr politischen Kräften wird klar: Der Weg war eine Sackgasse. Die einzige die es immer noch nicht begriffen hat ist die „Westerwelle FDP“.

Wir haben uns in einer gemeinsamen Resolution an die Bundes- und Landesregierung gegen den weiteren finanziellen Aderlass unserer Stadt gewandt. Denn eines ist klar: Nur aus eigener Kraft können wir uns nicht aus dieser Krise befreien. Wir sind dringend darauf angewiesen, dass uns Bund und Land finanziell besser ausstatten als in der Vergangenheit.

Im Detail haben wir in den letzten Jahren Folgendes erlebt:

Der Bund hat uns in den vergangenen Jahren immer neue Aufgaben zugewiesen ohne uns finanziell besser auszustatten. Das Konnexitätsprinzip ist nicht eingehalten worden.

Das Land hat in den vergangenen Jahren massiv zu Lasten der Städte und Gemeinden gespart oder Lasten ohne entsprechenden Ausgleich verschoben. Allein in den Jahren 2005 bis 2009 hat NRW rund 18 Milliarden Euro Steuern mehr eingenommen als im Vergleichszeitraum 2000 bis 2004 und den Städten und Gemeinden somit über 4 Milliarden Euro vorenthalten. Das Land hat unter anderem den Anteil der Kommunen an der Grunderwerbssteuer gestrichen. Dafür beteiligt es aber die Städte und Gemeinden doppelt so hoch an den Krankenhausinvestitionen und leitet die Bundesbeteiligung an den Kosten des Wohngeldes nicht an die Kommunen durch. Genauso enthält das Land den Kommunen die Kostenbeteiligung des Bundes an den Betriebskosten der U 3 Betreuungsplätzen vor und es hat die Beteiligung an den Elternbeiträgen für Kindertagesstätten gestrichen.

Die Bundesregierung hat uns offensichtlich vor der NRW Wahl das wahre Ausmaß der Finanzkrise verschwiegen. Was uns jetzt droht hat Herr Koch in verschiedenen Interviews vorgezeichnet: Das Ende der Behutsamkeit ist gekommen. Bei Bildung und Kindern muss gespart werden.

Wir haben uns bei unseren Beratungen gefragt: Wie kommen wir aus dieser Zwickmühle wieder raus? Bund und Land haben uns nicht das gegeben, was wir für die Daseinsvorsorge der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt benötigen. Hinzu kommen die Belastungen durch die Umlagehaushalte des LWL und des Kreises. Ohne eine umfassende Reform der Gemeindefinanzierung durch Bund und Land ist eine Konsolidierung unseres Haushalts nicht zu schaffen. Wir können auch die Stadtsparkasse und die Stadtwerke nicht über 2011 zu Zahlungen verpflichten. Das geht irgendwann an die Substanz dieser Unternehmen. Das lässt nur einen Schluss zu:

Es ist unsere Aufgabe, mit eigener Kraft und mit eigener Energie an einem Haushalt 2011 zu arbeiten der einen deutlichen Abbau des Defizits aufweist. In unserer Fraktion haben wir jetzt ein Arbeitsgremium „ Haushaltskonsolidierung“ gebildet. Unser Ziel ist es einen generationengerechten Haushalt 2011 aufzustellen. Horst Köhler hat von einer „ Kultur des Maßhaltens“ gesprochen. Das ist unser Ziel.

Wir begreifen den Schuldenabbau nicht als Bürde. Wir sehen im Abbau der Schulden Chancen die Reformkräfte innerhalb der Bürgerschaft unserer Stadt zu aktivieren. Wir fordern, in einem transparenten Prozess die Menschen mitzunehmen, um einen Bürgerhaushalt zu verabschieden, der von möglichst vielen Menschen mitgetragen wird. Wir setzen auf die Bürgerschaft.

Wir haben es nicht nur mit einer Finanz- und Wirtschaftskrise zu tun. Es gibt daneben noch die Klima- und Ressourcenkrise. Und es gibt die Gerechtigkeitskrise. Wir müssen diese Krisen zusammen denken. Unsere Antwort darauf ist der „ Green New Deal“. Ein neuer Gesellschaftsvertrag, der aus diesen Krisen herausführt:

- Wir müssen dringend und schnell zu einem Umbau unserer Energiesysteme kommen. Hin zu 100% Erneuerbare Energie im Bereich Strom und Wärme. Für uns sind Kohle- und Atomstrom auch keine sogenannten Brückentechnologien die zu den Erneuerbaren führen. Diese Brücken führen ins Nichts und auf gar keinen Fall in die Zukunft. Bei den Stadtwerken formiert sich bereits Widerstand gegen eine längere AKW Laufzeit denn damit werden Investitionen in Erneuerbare Energien verhindert. In unserer Region gibt es ein großes Potenzial für Grüne Technologie. Die Firmen, die im Fachbeirat Klimaschutz tätig sind und die vielen mittelständischen Firmen die Solaranlagen und Wärmepumpen installieren, haben erkannt: Mit grüner Technologie lässt sich Geld verdienen. Grüne Technologie schafft Arbeitsplätze. In diesem Geschäftsfeld hat Deutschland dank des vor 10 Jahren durch uns Grüne initiierten EEG die Nase vorne. Es freut uns und strahlt eine hohe Symbolkraft aus, wenn aus der Dinosaurier Technik des alten Karmann Werkes ein Zentrum für Grüne Zukunftstechnologie entsteht.

- Das Mobilitätskonzept in unserer Stadt muss den Zukunftsanforderungen gerecht werden. Wir benötigen endlich eine Fußgänger und Fahrrad-Vorrang Politik. Diesbezüglich wurden von uns bereits verschiedene Anträge gestellt. Die Autostadt gehört ins letzte Jahrhundert. Intelligente Mobilitätskonzepte sind gefragt. Das nutzt der Gesundheit unserer Bürger und dem Klima.

- Gerechtigkeit beginnt vor Ort. Auch kleine Schritte können richtige Wege markieren. Zum Beispiel mit dem Bezug von fair gehandelten Produkten. Unser Antrag liegt seit längerer Zeit vor und wir suchen gemeinsam nach einer kurzfristigen Realisierung. Wir können auch Erneuerbare Energieprojekte gemeinsam mit Ländern aus Afrika oder Lateinamerika konzipieren. Möglich ist dieses, weil Erneuerbare Energien dezentral erzeugt werden. Heute hat alles, was wir tun Auswirkungen in der ganzen Welt. Die Stadt und ihre Tochterunternehmungen müssen sich in all ihrem Handeln der Nachhaltigkeit verpflichten und als Vorbild agieren. Nachhaltigkeit ist ökonomisch sinnvoll und ökologisch und sozial verantwortbar. Das fängt beim Dienstwagen der Bürgermeisterin an, den Sie, Frau Bürgermeisterin, ja vielleicht durch ein schickes Dienstfahrrad ergänzen könnten, und hört bei den Ausschreibungen für Bauaufträge noch lange nicht auf.

- Jährlich werden lediglich 0,7% des Gebäudebestandes bundesweit energetisch saniert. Das ist viel zu wenig. Hier müssen wir dringend Geld in die Hand nehmen, um zu Einsparungen zu gelangen. Das hier investierte Geld sichert Arbeitsplätze bei uns. Diese Arbeitsplätze können definitiv nicht exportiert werden. Bezüglich der rund 250 städtischen Wohnungen haben wir jetzt einen Antrag eingebracht, der eine Beschleunigung bei der energetischen Sanierung dieser Wohnungen anstrebt.

Generationengerechtigkeit ist zentraler Bestandteil nachhaltigen Handelns. Wir dürfen diese Stadt nicht hochverschuldet an unsere Kinder weitergeben.

Für den Haushalt 2011 haben wir erste Forderungen:

- In der Verwaltungsspitze soll eine Dezernentenstelle einspart werden. Dieses macht ca. 120.000 € jährlich, auf 8 Jahre gerechnet fast 1 Mio € aus. Die Zusammenlegung der Dezernate Recht/Ordnung und Bau hat gezeigt, dass auf der Ebene der Fachbereichsleitung mehr Verantwortung übernommen werden kann. Wir können uns vorstellen, dass die Bürgermeisterin einen Teil der Aufgaben aus den Dezernaten mit übernehmen kann.

- Wir blicken zunehmend kritisch auf die EWG. Es ist schon paradox, dass ausgerechnet bei der Wirtschaftsförderung das „ Parkinsonsche Gesetz“ des Aufblähens von Verwaltungen besonders wirkt. Wir gehen hier mit großen Schritten auf eine jährliche Ausgabe von 1 Mio € zu. Wir wollen hier eine deutliche Verringerung der Ausgaben sehen. Gerade die

Wirtschaftsförderung sollte sich durch Effizienz und Effektivität ihres Handelns auszeichnen. Wir halten die seit Monaten geführte Diskussion zum Thema Stadtmarketing angesichts unsere Finanzkrise für völlig überflüssig. Stadtmarketing wird in vorbildlicher Weise durch den Verkehrsverein gemeinsam mit der Verwaltung bearbeitet. Wir benötigen bei der Wirtschaftsförderung keine weitere Aufblähung.

- Wir dürfen das Kloster Bentlage nicht enger an die Stadt binden. Das Gegenteil ist zu verfolgen. Politik und Stadt sollten sich hier zurückziehen und in diesem Raum dem bürgerschaftlichem Engagement wieder den Stellenwert einräumen, der den Ort erst zu einer solchen Erfolgsgeschichte gemacht hat. Der vermeintlich moderne Begriff Public Private Partnership ist dort seit Mitte der 80er Jahre erfolgreich gelebt worden. Zur Gründung der GmbH ist es doch nur deshalb gekommen, weil das Kloster sowohl nach Meinung der Stadt als auch des Landes eben nicht durch die Verwaltung organisiert, sondern in konstruktiver Zusammenarbeit mit den Ehrenamtlichen entwickelt werden sollte.

Heute werden wir als Grüne im Rat der Stadt Rheine dem Haushalt 2010 zustimmen, weil wir uns hier gemeinsam mit den anderen Fraktionen in einer Art Notgemeinschaft sehen, aber wir fordern auch ganz deutlich einen gemeinsamen Kurs der Konsolidierung für 2011.

Ich bedanke mich im Namen der Fraktion B 90 / Die Grünen bei allen, die an der Erstellung dieses Haushalts mitgewirkt haben. Bei den Fraktionen und den ihnen angehörenden sachkundigen Bürgern, insbesondere aber bei Ihnen Frau Dr. Kordfelder und bei Ihnen, Herr Lütkemeier und den hinter Ihnen stehenden Menschen, die diese nicht ganz leichte Aufgabe klug gemeistert haben.

Wir laden Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ratsfraktionen und die Verwaltung ein, gemeinsam mit uns die große Aufgabe der Haushaltskonsolidierung in den kommenden Jahren zu gestalten.

Michael Reiske, Fraktionssprecher